

Protokoll

über die Landwirtschaftsreform vom 5. März 1920.

Amnonsperndt wird für Landwirtschaftsreform Stützpunkt
Prinz Paul als Regierungspräsident für und alle
Abgeordneten unserer Gebiete, der maßgebend
ist. Landwirtschaftsreform und Agrarminister Gröber
nehmen auch an der Sitzung teil.

Präsident Meißner eröffnet die Sitzung und gibt
den Grund an, warum die Landwirtschaft so schnell
und ohne Zustimmung einer Regierung zu
einer Umgestaltung überlassen werden. Die
Land- und Landwirtschaftsreform sei im Oktober v. J.
von Landtag beschlossen worden. Derzeit
sind die Kosten auf 8 Millionen an-
gesetzt. Fast die Hälfte aller so im
Landtag gestiegen, das man mit 30 Milli-
onen auskommen müsse. Die Landwirtschafts-
reform solle unter diesen Umständen
die Verantwortung nicht allein überneh-
men und sich selbst verantworten, die
Landtag solle sich darüber entscheiden,
ob und wie das Wort unter diesen Um-
ständen zu verstehen sei. Die Rede der
Präsidenten des Protokoll der letzten Sitzung
wurde mit Genehmigung ist, teilt der
Präsident dem Ausschuss folgende Punkte der
Landwirtschaftsreform, sowie Agrarminister Gröber,
das Wort. Gröber hält dem eine längere
Rede und sagt dabei folgendes: —
So sehr wir Landwirtschaftsreform und
Agrarminister Gröber die Land- und
Agrarminister Gröber feststellen. Am 27. Oktober 1919, war das
Wort beschlossen worden sei, sehr sich selbst
verantworten, die Verantwortung sei

immer weiter vorgegriffen, die Lebensbedingungen,
Lebensfordernissen und Materialgrün-
den demselben gestiegen. Die Offertbepfeffung
siehe im beigefügten. Die Lieferungen sollte
den Materialwert für ein solches Gold. Die
Broschüre vom 27. Oktober siehe im der Ma-
schen beigefügt. Die Offerte vom 5. Februar
S. J. siehe im der Besprechung der Linsen-
Kommission beigefügt, nicht die Messungen
sondern das Gold für Linsen gemessen. Das
Werk könnte jetzt auf einen Wert von 30 Millionen
K zu setzen oder vergrößert auf 750,000 Form
den. Die Druckkraft des Druckens sei bis zu
4. oder 5. Teil gesunken. Nicht der Linsen-
sondern der feinsten - sind diese Wert sei
Frage zu setzen. Man könnte den Wert der
Damen Tisch von Linsen auf einen Wert von 10
Broschüre setzen. Der pflanzliche Wert
kann man jetzt abstoßen Tisch von Linsen. Die
Broschüre sei unbedingt mit Wert zu
setzen. Man sollte den Linsen nicht verzögern
und die Damen in der Kunst einsetzen
so dass mit einem gewissen in in allen
was er in der Kunst sein sollte. Es sei ge-
setzt sind gewisse Arbeit geleistet werden.
Das Material für die Linsen sei für
beigefügt. Es sollte der Tisch Tisch im
25 K 60 h bekommen im letzten September. Es
siehe im beigefügten beigefügt mit ein-
ziger Linsenfrist. Das sollte sei in die
zum gegebenen Linsen für ein gegeben
und siehe im beigefügten Tisch Linsen
im die soll. Regierung sollte Tisch Tisch
beigefügt. Man sollte ihm Tisch einen
Frage sein beigefügt, die den beigefügt

zu hoch ferner, und haben wir fragen sollen, wenn man
 das Angebot sterben, wenn wir nicht unbedingt
 haben. ^{das Angebot ist für den nicht abgelehnt worden.} So haben wir die Gesandtschaft geschickt,
 so sollen die Briefe übermitteln, sie werden
 von der dem Befehl. Damit sei die Gelegen-
 heit angegeben worden, weil wir eine drei-
 tägige Leibesbesuchung gemacht sei. —
 So haben Affekten wird Grundung, Kultur dem mit
 der Befehle für Briefe. Geht für 3.60
 Tausend das Bild gut, so haben wir mit
 3.52 Fr. freigegeben. Wir sollten es also
 noch günstig bekommen. Die Leibesbesuchung
 von den Mandanten bei Ludwig Wien man sofort
 in Angriff nehmen, aber die Leute wollen
 fröhlich. Die Mandanten von Feldkirch müs-
 sen ausgeführt werden, dafür wollen Feldkirch
 Quartier. Der Vertrag mit Feldkirch sei fertig.
 In 3 Monaten könnte in Person seine abge-
 schickte List sein. Man sollte noch vor der
 Abreise die Mandanten in der Provinz
 von Wien, dem Kaiser bringen man
 die Provinz nicht mehr dafür fort. Es handelt
 sich um Wien, ob das Land die erforderlichen
 30 Millionen Provinz besitz, wenn nicht, so sei
 die Frage zu prüfen, ob man nicht für die
 Fülle von Lyoffat unterstützen könne. Eine
 zweite Frage sei ob, ob man nicht die Leibes-
 besuchung sofort stellen und für das Werk der
 Material kaufen und einlegen und den
 Land der Werk mit unbestimmte Zeit ein-
 verpflichten solle. Feldkirch sei mit die Provinz-
 leistung mit der Provinz einzufragen,
 wenn sie später nicht von dem Werk bekommen
 sollte sie welche bringen. Bestenfalls,
 wenn sollte sie nicht die die feste Wien

Küniglichen Befehle bei dieser Guldflüchtigkeit.
 so würde die Verantwortung abzugeben für
 spätere Mithinwirkung. Alles wurde
 können. Diese Unwissenheit wurde unvollständig
 begründet, so dass niemand eine Pflicht
 die können können auf dem Wirkungsraum.
 Abg. Krollhaus führt an, nachdem
 die Zahlung nicht abgelehnt werden
 sollte für die Schuld genommen sei und in
 einzelnen können wir die Prüfung nicht geben
 der Prüfung nicht, das sei nicht gegeben
 werden, wenn diese sei nicht mit der Prüfung
 freigegeben werden, besser besorgen wenn sie
 unvollständig.

Der Regierungsrath Herr v. S. hat
 durch seine folgende Memorien
 so bezeugt nicht, wenn man etwas
 sollte, das 30 Millionen Kosten, und
 bloß 20 Millionen für die
 Abstreitung der Schuld mitzuführen
 in Bezug, und dieser ganzen
 unvollständig sein, sagen wir, dass
 prinzipiell die
 Gesamtheit die Zahlung nicht
 geben, weil sie die besagte
 Verfügung nicht befürworten
 die diese nicht befürworten,
 dass diese bezeugt
 wurde Prüfung zu jenen
 Zeitpunkten zu sein
 gegeben sei. Dies sei die
 der Regierung
 in Bezug prinzipiell mitgeteilt
 werden. Das sei am 17.
 August 1870
 gegeben. Der Herr v. S.
 hat die Sache
 sei über diese als einen
 Moment gegeben,
 mündlich am 27. Oktober,
 wenn Herr v. S.
 beschlossen werden. So sei
 also klar, dass
 werden eine Kommission,
 weil die Regierung
 weil die Gesamtheit die
 Verfügung gegeben.

füllen, Mühe von dieser unermesslichen Last abzu-
pflücken für ein Werk, das erst einen Mo-
nat später zu stellen beflissen worden
sei.

Der Präsident bemerkt, früher seien sich
mit bei solchen Dingen eine Kunstübung
war, er finde aber bei solchen Dingen die
Kunst bedenklich, man solle zuerst die Finanz-
frage lösen.

Abg. Ripp fragt nun, wie hoch der Löhne für
5 bis 6 Millionen wäre. Viele glauben einleuchtend,
es beste noch gleichviel. Mancher meinte bei
solchen Dingen die Zahl der ungenutzten
Löhne anzugeben

Abg. Wagner meinte die Maschinen sind das
Material jetzt kaufen, das jetzt nicht
Teil können man später kaufen. Die wirt-
schaftliche Fortschrittlichkeit geht jetzt ein
nicht.

Auf die Anfragen des Präsidenten gibt der
geehrte Herr die Danks für Maschinen und
Material an.

Es wären zu zahlen für 1920:

8,782,600 K für die Löhne

9,500,000 K für Material

18,282,600 K

Für 1921 noch 6,000,000 K Löhne

Abg. Ripp ist für den Lohn der Löhne,
er möchte aber wissen, wie man es machen,
wenn die Arbeiter Fremde wollen.

Abg. Peter Löffel meint, man solle das
sofort überlegen, es sei für möglich, man
müsse den Arbeitern geringe Löhne zahlen.
Selbst bei einer sehr großen Anzahl
so sehr kein Lohn, das wir den Lohn
von Selbst die nicht bekommen. Unser

6
futuristischer Bewegung für eine ob von flacker
sich.

Abg. Kay. = Kurt Meyer will das Maß un-
bedingt unbeschränkt. Er stellt sich die Be-
nützung so großartig vor. Die Forderung der
für die Morstauer mit dieser Höhe werden
mit Bremen zu tun. Die meisten Köpfe der
Gemeinde stellen.

Abg. Wolfinger fühlt sich für einen Anreiz
die meisten zu stellen, in Luzern habe jeder
Zimmernummer schon 3 Tücher davon gekauft.
Mit 30 Millionen seien diese großen Tücher
schon bei 8 Tüchern mehr Luzern gekauft.
Zuletzt sollte die Verteilungsgleichung ge-
schehen.

Abg. Frau Litzel stürmt in Interesse der Leute
für das Leitungsrecht, nicht aber für die
eigenen Aktien.

Der Präsident glaubt, die Finanzverwaltung
sollen unmissbar vorübergehen, den 24 Milli-
onen gehen schon über diese Aktien.

Abg. Joch meint, diese Vorverschlüsse werden
noch früher als man jetzt ansieht, sehr be-
zogen schon vor dem letzten Jahr
Bremen.

Abg. De Lutz will die Tücher von Volkswirtschaft
dieser Punkt nicht mit betriebl. wissen. In
dieser letzten Finanzliste versucht, man solle
die Bremen in Materialwert einschließen.
Zur Sache man gelange nicht, die pflanzten
man durch Materialwert abzusetzen.
fragen mich, ob nicht eine Finanzierung un-
möglich sei durch eine Aktienkapitalpflicht. Man
solle Material kaufen, die Linie unbeschränkt
Liste mit Recht müsse sein, ob diese nicht

entweder. Wenn wir immer noch die Möglichkeit,
das Werk zu besetzen, wenn wir das Material
nicht kaufen. Man sollte nicht auf Kritik
sprechen, sondern raten, was zu raten sei.
Dennit brüsten wir die Provinz noch auf
zu den Bergen. Es beabsichtigt die Gründung
einer gemeinsamen Aktiengesellschaft, wobei
Löhner und Löhner die Mehrheit haben soll-
ten, zum mindesten 51%.

Präsident Oberst von Sauer und Oberst von Sauer
bei, wenn die Finanzierung durch eine
Aktiengesellschaft möglich sei, so müsse
jedoch eine gemeinsame Gesellschaft sein, wo
Löhner und Löhner unbedingt die Mehrheit
hätten.

Lehrmeister Gruber bemerkt, nicht alle 9 1/2 Mil-
lionen wären sofort fällig, die Zahlung
würde sich auf ein Jahr erstrecken. Der
Anbau einer Gesellschaft rasch große
Zeit in Anspruch. Es umfasse, die Ma-
schinen jetzt in Provinz zu setzen.
Geben Sie nur die Vorführung. Man muss
billig kaufen wollen, muss man sich
kaufen. 30% für den Anbau, 30%
bei Abführung und weitere 30% erst
später.

Abg. Gruber meint, die Freiführung sollte
nicht erfüllt werden, weil für manche
Materialien ein Anbau von
100 bis 150% schon bald erfolgen würde.
Es sei nicht für eine Aktiengesellschaft, aber
es müsse dafür gesorgt werden, dass wir
im Laufe der Monate eine und nicht einige
Abnehmer.

Abg. Oberst von Sauer hält es für zweckmäßig,

8
man unser Aufsicht für gewöhnliche Angelegenheiten
beim Fortschritt nach Vorangehenden stellen.
Auf Antrag Dr. Lutz wird eine die Sitzung
bis Donnerstag früh 3 Uhr unterbrochen

In der Nachmittags-Sitzung wird der ganze Abend
mit dem Bericht des Trübsal übergeben.

Der Präsident formulierte jetzt die sich aus der
Tabelle um Donnerstag ergebenden Anträge
für stellt sie zur Tabelle und liest über
von einzelnen abstimmen.

Die Anträge lauten:

„In teilweisiger Abänderung des Beschlusses
beschluss vom 27. Oktober 1919 betreffend
Ansbach des Landesverbandes beschließt
der Landtag:

- 1) der Ansbach des Landtagsbeschlusses hat zu
erfolgen;
- 2) ungenügend sind für den gegen
überliegenden Teil des Marktes erforderliche
Maßnahmen und Maßnahmen anzunehmen;
- 3) der Ansbach des gegenüberliegenden Teil
selbst wird einzeln anzunehmen;
- 4) die für die Pflanzung wird versucht, in
finanziellen mit der Finanzkommission
den Plan für die Finanzierung des
Landesverbandes ebenfalls durch Bildung
eines Abkommenspflicht unter Teil
gung im Land zu greifen und vorzu
ziehen und darüber dem Landtag
vorführen und Antrag zu stellen.“

Alle diese Anträge werden vom Landtag
angenommen. Der erste, dritte und
vierte einstimmig, der zweite mit
gegen eine Minorität.

In der Angelegenheit zu dem vorigen Antrage
frucht Abg. Gropner vor, ob alle Materialien,
wie Zement, inbegriffen sein.

Ingenieur Gröber empfiehlt wie der Antrag
des Zement, wie müsse man ihn kaufen
lassen. Zement wird offenbar für die
Gräfte billiger als für die der Befestigung.

Abg. Prof. = Herr Blumner glaubt, ob für die Zu-
trasse der Arbeiterpflicht, wenn Zement die für
so wie er mit dem Drucke und mit ein
Preisbestimmungen. Er stellt im Unter-
suchung, statt 75 Mengen bloß 30 Mengen zu
bestellen. Dies für vorerwähntem Grunde.
Der Antrag Blumner wird einstimmig angenom-
men.

Nach Ingenieur Gröber müssen für 1920 zu
zahlen für:

Gewerbeten in Thüringen	850,000 K
Befestigung	4,480,000 "
Einbau	450,000 "
Versicherung, Transport, Zinsen	150,000 "
30 Mengen Zement	900,000 "
Materialien	700,000 "
	<hr/>
	7,530,000 K
ab Materialsumme	500,000 "
	<hr/>
	7,030,000 K
für das Netz	8,780,000 "
	<hr/>
Zinsen	15,810,000 K

der vorerwähnten Pufferauszahlung, für jetzt
nicht, glaubt, fünf Millionen könnte
man flüssig machen.

Zinsen wird ^{über} Zinsen fingebe der Zinsenbindung
an die Regierung versandt, ob Erfolg, dass
in einer Vorberatung der Zinsenbindung
eine Anweisung für die Winterwartung

genehmigt sind bestellt worden sei mit Bezug
auf die Regierung und demnach die jährige Kommission
aufzuheben mögen.

Präsident Wulfer tritt als Mitglied der Finanz-
verwaltungskommission bei. Bei der Entscheidung dieses
Punktes hat Präsidenten an dem Wagners
Stimmen 2 Lust ab.

Der Wagnerspräsident Dr. Lust liest das Gesetz vor,
welches die Regierungskommission.

Wulfer spricht zur Sache, er spreche über den
Wagnerslöse viele interessante Punkte werden
aufgefordert. Er gibt gewisse Anträge,
insbesondere Punkte werden nicht mehr
der Frankenslöse genehmigt sein. Das Gesetz
sei mir genehmigt worden, er spreche
an dem Punkte über seine Tätigkeit
auf Anfrage folgt geben Wulfer und der
zur Anträge betreffend Lieferung von Wagners
nach Lösung. Mit 33 Stimm habe man in
200,000 K. Komposition genehmigt, es be-
trägt noch 30 bis 35 Stimm.

Der Regierungskommissioner Dr. Lust liest König vor
sagt, dass die Abreise sind für die Lösung zu ihm
gehören sein in dieser Angelegenheit.
sich ihm zu verhalten gegeben, dass er
in Notiz setzen, wenn ein Vermerk einer
Kommission aufstellen. Er würde abwarten
wenn die jährige Kommission, die der Markt
an der Regierung haben, abgehen. Wenn
König zuzeit einer Kommission nicht unter-
den, der wegen Meist- und Kleinste-
der Markt mit der Regierung zu Regieren
möglich sei. In beiden Umständen für
den die Geschäftsführer der Wagnersverwaltung
öffentlich werden. Es sei notwendig, dass
die Kommission bestimme, um den Markt

Lösung zu erhalten.

Oby. Jovj meint, die alte Commission soll es sein, bis zur Vertung mit Lösung erfüllt sei. Messer soll der Lösung sein freundliche Worte. Dieser habe nur Proben, alles sollte fortan, die Lösung mächtan sonst unförmig, hier vuzuzinsen. Man nun bloß den Lösungigen zugute setzen, dem setzen wie nicht solche Fühlern beizutragen.

Oby. Guspner glaubt, das Welt sollte wissen, wie viel der Wert vom Winkler für alle gemeine Gerechtigkeit werden sollte.

Oby. Wulfer antwortet, wenn Lösung vorgeht und die Kaufung fertig sei, könne man es messen. Der Lösung könne die befalligen, minimal noch vuzuzinsen sei.

Oby. Vater Liefel sagt, wird sei die unentbehrliche Commission, wo Herbst könne man den Grund nicht frei geben, sonst könne hier nicht die Lösung. Diese ganze Worsprechung zu vom Winkler ab.

der Oby. Wulfer will die Halle in der Winkler bebesuchen bis zur Winkler Kaufung mit Lösung und die Kaufung fertig sei, messen die es nicht mehr.

Die Abente wird nun immer länger, ab betrüben sich alle Obyvertreter davon, die meisten sind wenig, daß der Winkler noch nicht freigegeben werden könne, die Kaufung müsse eine Fortsetzung besitzen. Man solle die Freigebung in der Presse vuzuzinsen, damit die Leute hier nicht mit inneren Gerichten vuzuzinsen werden. Es wird dem bei Winklerhaltung der Winkler die Winklerwertung Commission inständig befohlen: dem Guspner der Lösung beizutragen.

wird vorläufig nicht durchgeführt." Der Antrag
 wird im Sinne des Regierungskommissärs folgender
 Antrag formuliert und einstimmig angenommen:
 "Der Landtag beschließt, die ^{jährige} Kommission wird mit
 der Weiterführung der Gespräche betraut, bis die
 Verhandlungsgespräche mit Lösungserfolg
 führt und die Abgrenzung gelaugt ist. Die Defini-
 tion der Befugnisse wird bis dahin vorbehalten."

Zum Schlusse stellt Präsident Wulfer den Antrag,
 der Landtag möge dem Herrn Professor Dr. Nigg
 in der Werkstattkommission wählen. Der Antrag
 wird vom Präsidenten begründet und von Wulfer
 kommt und Meyer unterstützt. Der Landtag
 nimmt den Antrag mit 7 gegen 6 Stimmen
 an. Hiermit wird die Sitzung geschlossen.

Josann Wohlwend.